

# Einigung in Sachen S1

Gemeinsame Forderungen von Groß-Enzersdorfer SPÖ und ÖVP

GROSS-ENZERSDORF. Die im Stadtrat vertretenen Parteien (SPÖ und ÖVP) haben zu einer Einigung der weiteren Vorgangsweise zur geplanten S1 gefunden. Die Schnellstraße ist ein Projekt, das sich massiv auf die Zukunft von Groß-Enzersdorf auswirkt. Sie bringt neben Belastungen und Risiken, auch gleichzeitig Vorteile bringen. „Daher ist es wichtig, dass die Gemeinde gemeinsam auftritt. Wenn



SPÖ und ÖVP sind sich in Sachen S1 einig.

Foto: Kreuz

ÖVP und SPÖ hier an einen Strang ziehen“, so ÖVP-Straßenbau-Stadtrat Ing. Karl Pfandlbauer.

Die Grundsätzliche Haltung der Gemeinde zur S1:

Die zu erwartenden Belastungen (Lärm, Staub, etc.) müssen in einem für die Bevölkerung unbedenklichen Ausmaß sein. In dem Zusammenhang fordert die Gemeinde die zu den Themen Lärm, Staub, etc. bereits vorliegenden Gutachten durch eigene vom Stadtrat beauftragte Experten überprüfen zu lassen.

Außerdem muss die Trasse in ihrer Ausführung den detaillierten Wünschen der Gemeinde entsprechen.

Hauptforderungen sind in dem Zusammenhang, dass im Raum Groß-Enzersdorf geplante Entlüftungsbauwerk muss im Bereich Lobau, am besten bis ins OMV-Tanklager verlegt werden. Die Straße soll so nah als möglich an der Stadtgrenze zu Wien verlaufen.

Der geplante Anschlussknoten Eßling/Groß-Enzersdorf muss ebenfalls so nah wie möglich an der Wiener Stadtgrenze und so weit als möglich Richtung Raasdorf gelegt werden. Weiter muss die Trasse im Bereich von Groß-Enzersdorf unter Volleinhausung (Tunnel) ausgeführt werden. Wobei diese Volleinhausung so weit wie möglich Richtung Raasdorf gezogen werden muss.

Wenn diese Forderungen nicht eingehalten werden bzw. die Überprüfung der Gutachten der eigenen Experten ein anderes Bild als das bis dato vorliegende zeigt, so überlegt die Gemeinde, ihre grundsätzliche Zustimmung zur S1 zurückzuziehen.

## Bedürfnisse der Bevölkerung

Auch wenn die Forderungen der Gemeinde erfüllt werden und eine in Bezug auf Umweltbelastungen absolut schonende und den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende Trasse gebaut wird, so lassen sich gewisse Einschränkungen nicht vermeiden. Als Ausgleich für diese Einschränkungen erwartet sich die Gemeinde die Erfüllung diverser noch zu definierender Anliegen.

„Der Gemeinde ist bewusst, dass die Erfüllung unserer Forderungen eine Verteuerung der bis dato erfolgten Planungen bedeutet. Wenn man jedoch aus Naturschutzgründen – also zum Schutz der Tiere – zur Durchquerung der Lobau die gegenüber einer Brücke um vieles teure Tunnelvariante wählt, dann müssen die Wünsche und die Lebensqualität der Bevölkerung zumindest das gleiche Geld wert sein“, fordert StR. Ing. Karl Pfandlbauer.

Christian Kreuz